

Sabine Mirtsching

Grußwort

Meine sehr geehrten Damen und Herrn,

Frau Ministerin Lautenschläger wäre gern selbst zu ihrer Konferenz gekommen; sie ist leider aus terminlichen Gründen verhindert. Ich darf Ihnen aber die besten Wünsche für ein gutes Gelingen dieser Veranstaltung ausrichten.

Das Bundesprogramm E&C will erreichen, dass die soziale, berufliche und gesellschaftliche Integration junger Menschen in sozialen Brennpunkten und strukturschwachen ländlichen Regionen gefördert wird. Dabei kommt der integrationsfördernden Funktion der Kulturarbeit in den Stadtteilen eine wesentliche Rolle zu.

Für das Land Hessen ist dieses Thema nicht neu. Schon seit 30 Jahren gibt es hier ein Programm zur Verbesserung der Lage in sozialen Brennpunkten. Durch vorbeugende Maßnahmen soll das Entstehen sozialer Brennpunkte verhindert werden und vorhandene soziale Brennpunkte aufgelöst oder zu einem normalem Wohngebiet ausgebaut werden. Ziel war und ist es, stabile, sozialverträgliche Wohn- und Lebensformen zu erreichen.

Seit 3 Jahren stehen dem Hessischen Sozialministerium zur Unterstützung des Bund-Länder-Programms Soziale Stadt eigene Mittel zur Förderung nichtinvestiver sozialer Maßnahmen zur Verfügung. In Hessen haben die politisch Verantwortlichen erkannt, dass das Städtebauprogramm, dass im wesentlichen nur der baulichen Erneuerung von Stadtteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf dient, nicht ausreichend ist. In den gefährdeten Stadtteilen besteht zusätzlich ein erhöhter Handlungsbedarf im sozialen Bereich, so dass es aus sozialpolitischer Sicht flankierender Maßnahmen bedarf, um den besonderen sozialen Aspekt in diesem Förderprogramm zu stärken.

Die Förderung nichtinvestiver Maßnahmen im Rahmen des Bund-Länder-Programms Soziale Stadt in Hessen ist einmalig, andere Bundesländer sind hier noch nicht so weit!

Es gibt inzwischen 30 Soziale Stadt – Standorte, die Stadt Frankfurt ist im Programm, aber auch kleine Orte wie Hattersheim und Dietzenbach, um nur einige Standorte zu nennen.

Mit der Förderung nichtinvestiver sozialer Maßnahmen sollen insbesondere Selbsthilfepotenziale der Bürgerinnen und Bürger ak-

tiviert werden, um so nachhaltige Beteiligungsstrukturen zu schaffen und die Chancengleichheit zu fördern.

Wer in das Programm des Sozialministeriums aufgenommen werden möchte, muss ein integriertes Handlungskonzept erstellen, das mit den Akteuren im Stadtteil abgestimmt worden ist. Auch mit unserem Programm sollen insbesondere interkulturelle Nachbarschaftsinitiativen gefördert werden.

An zahlreichen Beispielen ist deutlich geworden, dass interkulturelle Nachbarschaftsinitiativen den Jugendlichen und auch den Familien zu Gute kommen. Auch wird damit die Verbesserung der Chancengleichheit und der Vereinbarkeit von Beruf und Familie für Männer und Frauen unterstützt.

In Hessen sind wir mit dem Wohnungsbauförderungsprogramm des Wirtschaftsministerium in Verbindung mit der Förderung sozialpolitischer Maßnahmen durch das Hessische Sozialministerium, also mit einem integrierten Handlungskonzept, vor Ort recht erfolgreich.

Ich danke ihnen.